

WIRTSCHAFTSDIENST

WELTWIRTSCHAFTLICHE NACHRICHTEN

HERAUSGEGEBEN VOM HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV AN DER UNIVERSITÄT HAMBURG
IN VERBINDUNG MIT DEM INSTITUT FÜR WELTWIRTSCHAFT UND SEEVERKEHR AN DER UNIVERSITÄT KIEL

ANSCHRIFT FÜR VERLAG WIRTSCHAFTSDIENST, G. M. B. H., UND SCHRIFTFLEITUNG: HAMBURG 36, POSTSTR. 19 / FERNRUF: ELBE 5052 UND HANSA 1445—1447 / TELEGRAMMADRESSE: WELTARCHIV HAMBURG / POSTSCHECKKONTO: HAMBURG 12842 / BANKKONTO: DEUTSCHE BANK FIL. HAMBURG / BEZUGSPREIS VIERTELJÄHRLICH 12 RM / FÜR DEN BUCHHANDEL: IN KOMMISSION BEI OTTO MEISSNERS VERLAG, HAMBURG

Wirtschaftspolitische Gedanken, die in Aufsätzen und Berichten des „Wirtschaftsdienst“ entwickelt werden, stehen allein unter der Verantwortung der Verfasser / Sie stellen keine Meinungsäußerungen der Herausgeber dar

ZUR LAGE

Seit dem Abschluß des Stahlpakts sind einige Schritte in der gleichen Richtung, wenn auch auf andern Wegen getan worden, mit viel weitergehenden Zielen und sehr viel undeutlicheren Umrissen. Zunächst haben sich deutsche und englische Industrieführer auf dem Landgut des englischen Verkehrsministers zu einer privaten Besprechung zusammengefunden, die vorbereitender und vertraulicher Art war und deren Hauptabsicht gewesen zu sein scheint, den Gedanken der kontinentalen Notgemeinschaft in den einer europäischen überzuleiten. Es ist nicht bekannt geworden, ob in diesem oder in irgendeinem anderen Punkte die gefühls- und strebungs-mäßige Übereinstimmung der Teilnehmer zu irgendeiner Art von gedanklicher oder tathafter Kristallisation geführt hat. In jedem Fall bleibt es ein interessanter Vorgang, daß Besprechungen über die Schaffung eines Absatzmarktes von hinreichender Weite und Dichte nicht von Industrie zu Industrie und nicht von Staat zu Staat geführt werden, sondern von zwei Gruppen repräsentativer Männer aus verschiedenen Industrien, die von Stand zu Stand verhandeln und planen und die ihre Autorisation nichts anderem verdanken als ihrem Willen zur Führung; ein Vorgang, für den in der Geschichte der zwischenstaatlichen Beziehungen kein Beispiel aufzufinden sein wird und das sich auch in der einzelstaatlichen Wirtschaftspolitik in dieser Breite schwerlich eignet hat. Es scheint, daß die Durchsetzung neuer Formen der Wirtschaftsgestaltung an den Rändern der Volkswirtschaften und im Außenverkehr leichter ist als im massiven Innern dieser Gebilde, in denen jeder kühner gespannte Wille stärker durch Herkommen und Rücksicht gehemmt ist.

*

Von dem internationalen Manifest gegen den Wirtschaftskrieg und für die Handelsfreiheit allerdings kann nicht gesagt werden, daß es das Dokument eines solchen kühn gespannten Willens sei. Es ist klarer, gerader und durchsichtiger geschrieben als die üblichen Verlautbarungen der Wirtschaftsverbände, aber es kommt zu spät. Vor sieben Jahren wäre eine solche Kundgebung eine bedeutende Tat gewesen; sie hätte den heutigen Zustand Europas abgewendet, wenn ihr die entsprechenden Taten der Männer gefolgt wären, die das Dokument

unterzeichnet haben. Aber wo waren diese Männer, als die Versailler Friedensbedingungen geschaffen und als die Aktionen eingeleitet wurden, die zu ihrer Durchsetzung bestimmt waren? Wann haben sie ihren geldmächtigen Einfluß vor dem Ende des Ruhrkrieges in die Wagschale der Wirtschaftsvernunft geworfen? Es ist gut, daß sie sich heute zu dem Glauben bekennen, daß es unsinnig ist, den Handel als eine Form des Krieges zu betrachten und daß Europa sich nicht aufrichten wird, „bevor die Politiker in allen Ländern, den alten und den neuen, sich darüber klar geworden sind, daß Handel kein Krieg ist, sondern ein Austauschprozeß, daß in Zeiten des Friedens unsere Nachbarn unsere Kunden sind und daß ihr Wohlstand eine Vorbedingung für unser eigenes Wohlergehen ist“. Aber inzwischen sind, mit ihrer Duldung und Billigung und zum Teil mit ihrer politischen oder ihrer finanziellen Hilfe, wirtschaftlich unvernünftige Grenzen gezogen und hinter diesen Grenzen Industrien hochgezüchtet worden, die das klare Licht und die starke Luft der Wirtschaftsfreiheit scheuen müssen. Ihre Entstehung zu verhindern, hätte einen mäßigen Einsatz an Voraussicht und an Zivilcourage erfordert. Sie jetzt zum Absterben zu verurteilen, heißt wirtschaftliche und soziale Krisen befördern, die der politischen Stabilität der betroffenen Staatswesen, zumal der jüngeren, nicht eben zuträglich sein werden. Hiermit soll nicht gesagt sein, daß es nicht nützlich sei, ein Manifest zu erlassen, das sich in Gegensatz zur heutigen Praxis sämtlicher Staaten setzt; und daß es nicht erfreulich wäre, unter diesem Dokumente nicht nur die Namen fast sämtlicher Zentralbankleiter und einiger der bedeutendsten Bankdirektoren und Bankiers zu sehen, sondern auch die Unterschriften sehr einflußreicher Industriekapitäne, vor allem englischer und deutscher. Die Heroldsrufe aber, die, zumal in der englischen Presse, der Veröffentlichung vorausgingen, und die weitschallend genug schienen, um eine neue Ära der Menschheit einzuleiten, haben Erwartungen geweckt, an denen gemessen der Inhalt des Manifestes ein wenig blaß und schwächlich erscheint, nicht unähnlich den üblichen Kundgebungen wohlmeinender Vereine zur Hebung der öffentlichen Moral.

*

Der Hauptwert der Kundgebung liegt zunächst im Heraufrufen der Gegenwirkungen. Sie hat in Amerika die schutzöllnerische Partei der Republikaner im Wahl-

kampf gestärkt, in England die Aktivität der Imperialisten angefacht, die England aus der europäischen Wirtschaftsverflechtung so weit wie möglich herauslösen und es durch Vorzugszölle in den Bau eines im wesentlichen sich selbst genügenden Reichsverbandes verklammern wollen; von den Rückwirkungen in anderen Ländern zu schweigen, deren Vertreter bekannten, sich ihrer Unterschrift überhaupt nicht zu erinnern oder ihr einen eigenen Sinn gegeben zu haben. Eine solche reinliche Scheidung der Lager ist in einer von so viel Zweideutigkeiten erfüllten Luft wie der der modernen Wirtschaftspolitik durchaus von Nutzen. Sie kann von historischer Tragweite sein, wenn alle Unterzeichner des Manifestes zu Taten übergehen, die ihren Worten entsprechen. Der Wert von Kundgebungen in dieser Zeit wird leicht überschätzt: ein Rascheln im Blätterwalde, stürmisch einsetzend, bald verebbend, rasch vergessen. Proklamationen sind wirksam, soweit die Staaten durch große Gedanken und mächtige Seelen bewegt werden können. Diese Bedingung ist heute nicht erfüllt. Dagegen verfügen die Leiter der Banken und der Industriegruppen, und niemand mehr als sie, über Mittel, die der gegenwärtigen Weltlage besser angepaßt sind. Wenn sie sich dazu entschließen, in jedem Wahlkampf nur diejenigen Parteien zu unterstützen, moralisch und finanziell, die sich zum Grundgedanken des Manifestes bekennen und danach handeln, so ist der Charakter der europäischen Handelspolitik in fünf Jahren ein völlig anderer. Die Unterzeichner können aber nicht gut anders verfahren, denn sie haben deutlich ausgedrückt, daß ohne Befolgung ihrer Grundsätze die Verarmung Europas unaufhaltsam ist.

*

Ist es erlaubt, ein paar Bemerkungen über das Jubiläum anzufügen, das in diesem Jahre zu feiern ist, und das der Aufmerksamkeit unserer Zeitgenossen entgangen zu sein scheint? Das Manifest für Handelsfreiheit erscheint in einem Jahr, in dem genau anderthalb Jahrhunderte seit der Veröffentlichung von Adam Smiths „Wealth of Nations“ vergangen sind. Kein Buch der staats- und sozialwissenschaftlichen Literatur hat einen größeren Einfluß auf die Gestaltung der europäischen Zustände und Meinungen ausgeübt. Wie lange Zeit aber war erforderlich, um diese heute weltgültigen Gedanken eines Theoretikers vom ersten Range auch nur in der Praxis des eigenen Landes durchzusetzen? Es dauerte ein halbes Jahrhundert, bis Canning und Huskisson, angefeuert durch die Petition der Londoner Kaufmannschaft an das Parlament von 1820, sich entschlossen, das Einfuhrverbot für Seidenwaren in einen Zoll von 30 % zu verwandeln, das Verbot der Wollausfuhr aufzuheben, einige Zölle auf Rohstoffe und Kolonialwaren zu ermäßigen und die Navigationsakte von 1651 etwas abzuschwächen. „Es war nicht viel; und nur unter den heftigsten Kämpfen war das Wenige der herrschenden Schutzzollmajorität abgerungen; Huskisson mußte 1828 gehen. Aber es war doch ein Anfang der freihändlerischen Reform“, bemerkt Gustav von Schmoller. Die entscheidenden Schritte wurden Jahrzehnte später unter Sir Robert Peel und Gladstone getan; erst 1860 war England ein Freihandelsland im Sinn seines großen Lehrers geworden, vierundachtzig Jahre nach dem Erscheinen des „Wealth of Nations“; ein

wenig spät, denn schon am Vorabend der neuen Schutzzollbewegung in Deutschland, Rußland und den Vereinigten Staaten.

Das große Buch gehört zu denen, die alle loben und die wenige lesen. Man kennt noch das klassische Argument für den Freihandel zwischen den Staaten: „Es ist die Maxime jeden klugen Haushaltsvorstandes, niemals das im Haus herstellen zu wollen, was teurer herzustellen als zu kaufen ist . . . Was Klugheit in der Wirtschaftsführung einer jeden privaten Familie ist, kann schwerlich Torheit sein in der eines großen Reiches.“ Man weiß auch, daß Smith die völlige Verwirklichung des Freihandels für ein so unmögliches Ding erklärt hat, wie die Utopie eines Thomas Morus. Sehr selten aber wird die Begründung dieses erstaunlichen Satzes gelesen und noch seltener wird sie zitiert: „Nicht nur die Vorurteile der Öffentlichkeit, sondern, was viel unbesiegbarer ist, die privaten Interessen vieler Individuen widersetzen sich unwiderstehlich dieser Sache. Würden sich die Offiziere des Heeres mit gleichem Eifer und der gleichen Einmütigkeit irgendeiner Verminderung der Zahl ihrer Streitkräfte widersetzen, mit der sich die Industrieherrn gegen jedes Gesetz wenden, das die Zahl ihrer Mitbewerber auf dem Inlandsmarkt zu vermehren geeignet ist; würden die ersten ihre Soldaten ebenso anfeuern wie die letzten ihre Arbeiter entflammen, die Urheber solcher Vorschläge mit Gewalt und Schimpf anzugreifen — so wäre der Versuch, das Heer zu vermindern, ebenso gefährlich wie es jetzt jeder Versuch geworden ist, in irgendeiner Beziehung die Monopolstellung zu schwächen, die unsere Gewerbetreibenden uns gegenüber erlangt haben. . . . Das Mitglied des Parlaments, das jeden Vorschlag zur Stärkung dieses Monopols unterstützt, erwirbt dadurch nicht nur den Ruf wirtschaftlichen Verständnisses, sondern große Popularität und großen Einfluß bei Leuten, denen Zahl und Reichtum große Bedeutung verleihen. Wenn er sich ihnen entgegensezt und wenn er genug Autorität besitzt, um ihren Weg kreuzen zu können, so werden weder die anerkannteste Redlichkeit, noch der höchste Rang, noch die größten öffentlichen Dienste ihn vor ruchlosen Beleidigungen und Verkleinerungen, vor persönlichen Angriffen und mitunter vor wirklicher Gefahr bewahren, die dem frechen Schmähen wütender und enttäuschter Monopolisten entspringen.“

Diese Sätze sind vor 150 Jahren geschrieben, von einem ruhigen und reifen Mann der Betrachtung, nicht des Kampfes. Inzwischen hat das Gefüge der Staaten und die Lagerung der Interessen wichtige Veränderungen erlitten, die von den einen als Fortschritt, von den andern als Entartungen beurteilt werden. Wie man sich immer entscheide: die Feststellung des großen Beobachters ist auch heute noch wert, gründlich überdacht zu werden. Sie stimmt sehr gut mit der von einem der neuesten Schriftsteller, Bernhard Harms, jüngst gemachten Bemerkung zusammen, daß das preußische Zoll- und Handelsgesetz von 1818, die erste Frucht des freihändlerischen Geistes in Europa, „ein Werk des Absolutismus und des aufgeklärten Beamtentums“ gewesen sei. Und ist es Zufall, daß das neue Manifest von den Leitern der Zentralbanken ausgeht, die heute die stärkste autokratische Macht beamtenhaften Charakters in Europa darstellen?

Kurt Singer